

Fortsetzung der Zensurdebatte.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die Erörterung über die Zensur fortgesetzt, aber noch nicht zu Ende geführt, so gern man offenbar dieses Ziel erreicht hätte und zugleich die Beschlüsse des Seniorenkonvents über die Anordnung der nächsten Plenarsitzungen wohl eigentlich darauf zugeschnitten waren. Indessen, man hatte seine Rechnung ohne den Abg. Dittmann von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gemacht, der es sich und seinen politischen Freunden anscheinend schuldig zu sein glaubte, noch mit einer reichlich zweistündigen Rede aufzuwarten. Die sämtlichen anderen Parteien hätten es aber freilich sicher nicht übelgenommen, wenn er dem Reichstag die ganze Rede schuldig geblieben wäre. Sie lief auf nichts anderes hinaus als auf eine Wiederholung der ja zur Genüge bekannten Gedanken seiner Gruppe über den gegenwärtigen Krieg und den zu schließenden Frieden, natürlich in dem gleichfalls zur Genüge bekannten Stile. Ministerialdirektor Dr. Lewald gab, als er zu Ende war, dem Bedauern Ausdruck, daß eine solche Rede gehalten werden konnte.

Herr Dittmann war gestern der letzte Redner aus dem Hause. Vor ihm hatten die Vertreter der anderen Parteien gesprochen, die Tags zuvor noch nicht zu Wort gekommen waren: Abg. Dertel, der nationalliberale Abg. Hirsch-Essen und Abg. Martin-Dels von der Deutschen Fraktion, die sich den Ausführungen des Zentrumsredners Dr. Pfleger anschlossen. Es waren nicht sowohl Einzelheiten in der Anwendung der Zensur, die im Vordergrund ihrer Wünsche standen, sondern Gesichtspunkte allgemeiner Art: das Uebergreifen der Zensur über den militärischen Bezirk und das der Presse im Hinblick auf die Kriegsziele auferlegte Schweigegebot. Was sie, nicht zuletzt für die Presse, forderten, war: ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit.

Ist Aussicht vorhanden, daß dieser Forderung, in der die Parteien einig sind, Erfüllung zuteil wird? Herr Dr. Helfferich griff zum ersten Mal als Staatssekretär des Innern und als Stellvertreter des Reichskanzlers in die Debatte ein; er antwortete prompt auf den Appell, den die Abgeordneten Dr. Pfleger und Biesching am Mittwoch an ihn gerichtet hatten. Und wie lautete die Antwort? Im Grunde dahin: daß alles beim alten bleiben müsse. Gewiß, auch Herr Dr. Helfferich bezeichnete die Zensur als ein notwendiges Übel, und er versicherte, daß die Reichsleitung es nicht an sich fehlen lassen werde, um auf eine Milderung in ihrer Handhabung hinzuweisen — aber das war alles, was er an Entgegenkommen bewies.

Ministerialdirektor Dr. Lewald unterstrich diese Darlegungen noch, indem er betonte, daß an eine Aenderung des bestehenden gesetzlichen Zustandes während des Krieges nicht gedacht werden könne.

Die Regierung beteiligte sich überhaupt gestern eifrig an der Debatte. Auch Staatssekretär v. Jagow ließ sich vernehmen: er erläuterte, weshalb der Kreuzzeitungsartikel des Abg. v. Henbrandt beanstandet worden sei, der diesen Artikel kritisierende Artikel der „Zukunft“ aber nicht.

Der Sitzungsbericht befindet sich in der dritten Beilage.